



Flächennutzungsmonitoring VI Innenentwicklung – Prognose – Datenschutz

IÖR Schriften Band 65 · 2014

ISBN: 978-3-944101-65-1

Wo bleibt der politische Aktionsrahmen für das 30-Hektar-Ziel?

Jürgen Solms

Solms, Jürgen (2014): Wo bleibt der politische Aktionsrahmen für das 30-Hektar-Ziel? In: Gotthard Meinel, Ulrich Schumacher, Martin Behnisch (Hrsg.): Flächennutzungsmonitoring VI. Innenentwicklung – Prognose – Datenschutz. Berlin: Rhombos-Verlag, 2014, (IÖR-Schriften; 65), S. 3-11

Wo bleibt der politische Aktionsrahmen für das 30-Hektar-Ziel?¹

Jürgen Solms

Zusammenfassung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wurde 2001 von der Bundesregierung berufen und berät diese in Fragen der Nachhaltigkeitspolitik. Er trägt mit Vorschlägen zu Zielen und Indikatoren zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie bei, initiiert Projekte und fördert den gesellschaftlichen Dialog zu einer ausgewogenen und gerechten Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen. Der Beitrag beschreibt die Aktivitäten des Rates beim Thema Flächensparen. Da die messbaren Erfolge in der Flächensparpolitik bisher bescheiden ausgefallen sind, regte er 2013 einen politischen Aktionsrahmen an, denn den vielen guten Praxisbeispielen und sinnvollen Programmen fehlt noch ein gemeinsamer sicht- und erfahrbarer Rahmen. Ziel des Aktionsrahmens ist eine Entscheidungskultur, die das Flächensparen in der Praxis zur Normalität macht. Die Ausgestaltung des Aktionsrahmens muss allerdings durch alle Beteiligten erfolgen, damit sich die Gremien und Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen mit diesem identifizieren können.

1 Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)

Nachhaltigkeitspolitik und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind eine wichtige Grundlage, um die Umwelt zu erhalten, die Lebensqualität, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung in einer integrierten Art und Weise sowohl in Deutschland als auch international voranzubringen. Ziel ist es dabei, eine ausgewogene und gerechte Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden. Die Bundesregierung hat erstmals 2001 den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) berufen. Seitdem berät er die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitspolitik und trägt mit Vorschlägen zu Zielen und Indikatoren zur Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie bei. Der Rat wendet sich mit seinen Empfehlungen und Stellungnahmen auch an die Öffentlichkeit, und er initiiert Projekte zur Umsetzung dieser Strategie. Eine weitere wichtige Aufgabe des RNE ist die Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zur Nachhaltigkeit. Mit dem Aufzeigen von Folgen gesellschaftlichen Handelns und der Diskussion von Lösungsansätzen soll die Vorstellung von dem, was nachhaltige Lebensweisen bewirken, bei allen Beteiligten und in der breiten Bevölkerung verbessert werden. Seit

¹ Ableitung aus einem Vortragsmanuskript.

der erneuten Berufung des Rates im Juni 2013 ist Marlehn Thieme die Vorsitzende des RNE und Olaf Tschimpke (Präsident des NABU) ihr Stellvertreter (RNE 2014a).

Arbeitsprogramm 2014 des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Im Arbeitsprogramm des Rates (RNE 2013a) hat sich der Rat für 2014 folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Umsetzung der Empfehlungen des Peer Review-Berichtes (RNE 2013b) mit dem Schwerpunkt auf Veränderung von Institutionen und Governance.
- Eine politische Empfehlung zur Praxis der Kreislaufwirtschaft (Perspektive der Kreislaufidee für Produktion, Konsum und neue Wirtschaftsmodelle).
- Begleitende Beratung von Prozessen und Verhandlungen zur Energiewende und Klimastrategie.
- Eine politische Empfehlung zur Forschungspolitik, gegebenenfalls anhand von Beispielen aus Landnutzung und Waldwirtschaft.
- Neue Ansätze für Kommunikation und Kooperation für die Erarbeitung der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie (NHS).

Das Thema Fläche taucht 2014 nicht explizit im Arbeitsprogramm auf.

2 Politische Verbündete des RNE

Der RNE ist nicht allein. In den Bundesministerien werden die Beiträge für die Fortschreibung der NHS vorbereitet. Auf der politischen Ebene werden die Nachhaltigkeitsbelange von dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung eingebracht. Am 12. März 2014 hat sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung erneut konstituiert. Erstmals war dieser 2004 eingerichtet worden. Anders als bei Ausschüssen des Bundestages muss der Beirat bislang in jeder Legislaturperiode neu eingesetzt werden, da er nicht in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert ist. Der Beirat hat 17 Mitglieder. Zum Vorsitzenden wurde erneut Andreas Jung (CDU/CSU) gewählt. Aufgaben des Beirats sind:

- Die parlamentarische Begleitung der nationalen und der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.
- Die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen.
- Die Kontaktpflege und Beratungen mit anderen Parlamenten, insbesondere in der EU, zur Entwicklung gemeinsamer Positionen zur nachhaltigen Entwicklung.
- Die Unterstützung der gesellschaftlichen Diskussion zur nachhaltigen Entwicklung, Wahrnehmung einer Scharnierfunktion für gesellschaftliche Gruppen, Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung und dem Staatssekretärsausschuss.

Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (Deutscher Bundestag 2014) kontrolliert die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie und ihre inhaltliche Weiterentwicklung. Dazu gehört:

- Die Fortentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.
- Die regelmäßige Überprüfung der Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren.
- Er ist Ansprechpartner für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, die Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände.
- Er berät die Bundesregierung über aktuelle Themen der Nachhaltigkeit.

Im Ausschuss sind alle Ressorts vertreten. Die Leitung des Staatssekretärsausschusses liegt beim Chef des Bundeskanzleramtes. Der Ausschuss hat sich in den Jahren 2012 und 2013 unterschiedliche Fragestellungen aus der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte vorgenommen. Dazu gehören die Themen:

- Nachhaltige Stadt
- Natürliche Ressourcen – Steigerung der Ressourceneffizienz/Kreislaufwirtschaft
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)
- Nachhaltige Unternehmensführung
- Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme (Flächenverbrauch)

Die Ergebnisse fließen in die Fortschrittsberichte zur Nachhaltigkeitsstrategie ein. Diese beiden Gremien (Beirat und Ausschuss) sind neben den Ministerien und nachgeordneten Behörden die wesentlichen Akteure auf der Bundesebene.

3 Aktionsrahmen

Erstmals legte die Bundesregierung 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie vor. Diese wurde 2004 fortgeschrieben, 2005 folgte wegen der vorgezogenen Wahl nur ein „Wegweiser“, 2008 und 2012 gab es weitere Fortschreibungen. Die nächste ist für 2016 vorgesehen. Das Statistische Bundesamt liefert für die 21 Indikatoren der Strategie alle zwei Jahre einen Indikatorenbericht (RNE 2012). Damit kann der Erfolg bzw. Misserfolg der ergriffenen Maßnahmen bewertet werden. 2008 hat der Rat eine Zwischenbilanz gezogen und in seiner Stellungnahme „Welche Ampeln stehen auf Rot“ veröffentlicht (RNE 2008). Von den 32 Teilindikatoren für die 21 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung gab es nur bei zehn Teilindikatoren grünes Licht. Für zwei Drittel der Teilindikatoren standen die Ampeln auf Gelb oder Rot. Auch der Flächenverbrauchs-Indikator 30 ha erhielt damals eine rote Karte. Wenn man heute wieder eine Bilanz ziehen würde, wäre das beim 30-ha-Ziel nicht anders.

An den Staatssekretärsausschuss richtete sich der Rat im Februar 2013 mit seiner Stellungnahme „Einen politischen Aktionsrahmen zum Ziel 30 Hektar schaffen“ (RNE 2013c). Der Ausschuss griff diesen Vorschlag auf (Bundesregierung 2014). Der Rat hat in seiner Stellungnahme für die Sitzung des Staatssekretärsausschusses im April 2013 vorgeschlagen, dass es einen Aktionsrahmen zur Erreichung des 30-ha-Ziels geben muss, wenn es absehbar ist, dass das Ziel nicht ohne zusätzliche Maßnahmen erreicht werden kann. Der Rat betont, dass eine Entscheidungskultur benötigt wird, die das Flächen-sparen zur Normalität macht. Dies hat eine kulturelle Dimension und ist damit eine ureigene politische Aufgabe. Den vielen guten Praxisbeispielen und sinnvollen Programmen fehlt ein gemeinsamer – und vor allem: gemeinsam erfahrbarer und sichtbarer – Aktionsrahmen. Der Rat ist nicht in Vorleistung gegangen, was eine detaillierte konzeptionelle Ausgestaltung des Aktionsrahmens angeht. Diese muss von den Beteiligten selber entwickelt werden, damit sich die Gremien und Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen damit identifizieren können.

Aber der Rat hat in seiner bisherigen Arbeit vielfältige Beispiele und Anregungen gegeben, an die angeknüpft werden kann. Für die erste nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2002 hat der RNE vier Dialogforen zu verschiedenen Themen initiiert. Ein Forum bildete die Grundlage für die vertieften Arbeiten zum Thema Fläche und mündete 2004 in der Ratsempfehlung „Mehr Wert für die Fläche: Das ‚Ziel-30-ha‘ (RNE 2004) für die Nachhaltigkeit in Stadt und Land“, das mittlerweile zu einem Markenzeichen geworden ist. Diese Empfehlung hat auch heute noch in den meisten Punkten Bestand. Die Abschaffung der Eigenheimzulage wurde Ende 2005 umgesetzt. Der Rat beauftragte 2006 die Firma Dialogik und die Hochschule Nürtingen-Geislingen mit der Evaluation (RNE 2007) der Rats-Empfehlungen. Auf der Basis einer Onlineumfrage und daran anschließenden Delphi-Workshops mit ausgewählten Experten kamen diese zu der Bewertung:

„Andere konkrete Forderungen wie die Abschaffung der Pendlerpauschale, aber auch die Novellierung der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer (und Baugesetzbuch) stehen noch aus. Eine wesentliche Hürde für die Erreichung des 30-Hektar-Ziels ist auf allen Verwaltungsebenen die Verteilung der Zuständigkeiten und die damit verbundene Zuweisung der Verantwortlichkeit auf die jeweils andere Ebene. Der Bund kann seinen Einfluss im Wesentlichen nur auf der Gesetzgebungsebene und der Unterstützung durch Modellvorhaben geltend machen. Es ist dringend notwendig, alle anstehenden Gesetzes- und Ordnungsänderungen zu prüfen, um die möglichen positiven Flächeneffekte nutzen zu können.“

Einige Empfehlungen der Experten, die bei der Evaluation abgefragt wurden, liefern Ansatzpunkte für ein Aktionsprogramm:

- Die Empfehlungen zum Thema Fläche sollten stärker zielgruppenspezifisch formuliert und adressiert werden.

- Bei der Überarbeitung der Empfehlungen und bei zukünftigen Vernetzungsaktivitäten sollte verstärkt an die Berücksichtigung der europäischen Ebene gedacht werden.
- Es sollte stärker auf die regionalen Disparitäten eingegangen werden. Wachstumsregionen brauchen andere Lösungsansätze als schrumpfende Regionen.
- Die Entwicklung eines Bodenbewusstseins sollte schon in den Schulen beginnen und die qualitative Ebene des „Ziel-30-ha“ (Lebens-/Wohnqualität, Umwelt-/Bodenqualität) sollte klarer vermittelt werden.
- Die Kostenwahrheit in der Planung und damit Einbezug von Schattenkosten muss in die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen von Kommunen in allen Planungsebenen etabliert werden.

Zu den Flächenzertifikaten haben die Experten geäußert: „Sie sind zwar ein vielversprechendes, aber gleichzeitig auch ein sehr umstrittenes ökonomisches Instrument zur Erreichung des „Ziel-30-ha““.

Der Rat unterstützt den Strategiedialog zur nachhaltigen Stadt, den eine Gruppe von Oberbürgermeistern führt. Sie erörtern in ihrer persönlichen Verantwortung die Möglichkeiten und Chancen einer nachhaltigen Kommunalpolitik, Planungswahrheit und Kostenklarheit.

- 2010 veröffentlichte das Gremium die „Eckpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung“ (RNE 2010), in der sie betonen, dass erst Kostenklarheit eine langfristige und realistische Planung ermöglicht und dass dies insbesondere auch bei Infrastrukturvorhaben gilt.
- 2011 folgte die Veröffentlichung „Städte für ein Nachhaltiges Deutschland“ (RNE 2011a), die vom Deutschen Institut für Urbanistik erarbeitet wurde. Von besonderer Bedeutung für die Initiierung und Durchsetzung von Nachhaltigen Ansätzen ist, sie zur „Chefsache zu machen“.
- 2013 folgte aus diesem Dialog die Veröffentlichung „Mit starken Kommunen die Energiehende zur Erfolgsstory machen“ (RNE 2013c).

Der Dialog wird fortgesetzt.

Die Arbeitsgruppe Fläche des RNE hat im August 2011 17 Experten aus Bund und Ländern eingeladen, die vorliegenden Modelle zur Grundsteuerreform zu diskutieren und ihre Einschätzung zu geben, welches Modell den größten Beitrag zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme liefern könnte. Der Moderator des Workshops, Michael Lehmbruck (ehem. Difu), hat die Ergebnisse zusammengefasst (RNE 2011b). Aus Sicht des Rates ist zwar von der Grundsteuerreform mit den vorliegenden Modellen kein großer Flächenspareffekt zu erwarten, gleichwohl ist seine symbolische Bedeutung von hohem Wert. Die Grundsteuer wird auch in der Studie „Nachhaltig aus der Krise –

Analyse möglicher Beiträge einer ökologischen Steuerreform“ (RNE 2009) thematisiert, die der Rat nach dem Börsencrash 2008 in Auftrag gegeben hat.

Im Dezember 2011 hat der Rat mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen Workshop durchgeführt, um die Potenziale der Entsiegelung, Renaturierung und Wiedernutzung baulicher Brachflächen im ländlichen Raum zu prüfen (RNE 2014b). Ein interessanter Einzelaspekt, der besonders in den neuen Ländern bei den weiteren Arbeiten berücksichtigt werden sollte.

4 Forschungsaktivitäten

Wie die neue Zuordnung in den Geschäftsbereich des BMUB auf die Arbeit der Institutionen wirkt, muss sich noch zeigen. Für die Erreichung des 30-ha-Ziels ist zu hoffen, dass sich durch die Zusammenführung des Umwelt- und Planungsbereichs im BMUB (Stand: 03.06.2014) neue Synergien ergeben:

Im Dezember 2013 wurden dem BMUB durch Erlass der Bundeskanzlerin zusätzlich die Zuständigkeiten für Stadtentwicklung, Wohnen, ländliche Infrastruktur, öffentliches Baurecht, Bauwesen, Bauwirtschaft sowie Bundesbauten übertragen. Damit sind wichtige Aufgaben aus dem bisherigen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hinzugekommen. Es gilt, die Rahmenbedingungen für gute Wohnstandards und intakte Städte zu schaffen und das hohe Niveau von Bautechnik, Bautechnologien und Baustoffen in Deutschland weiter voranzubringen. Dies sind entscheidende Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität und ein gutes soziales Klima in unserer Gesellschaft.

Neben zahlreichen Aktivitäten des Bau- und Verkehrsministeriums, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) – zu nennen sind die Programme „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) und das Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO), die ebenfalls dem Leitziel „kompakt – urban – grün“ folgen – hat das BMBF Forschungsprogramme aufgelegt, die die Erreichung des 30-ha-Ziels unterstützen sollen.

REFINA: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützte das 30-ha-Ziel durch die Förderung von über 110 Projekten für eine effiziente Flächennutzung im Förderprogramm REFINA im Zeitraum von 2006 bis 2012 (REFINA 2014). Die Ergebnisse dieses sehr erfolgreichen Programms sind durch zahlreiche Publikationen dokumentiert. Sie sind auch auf der REFINA-Webseite archiviert. Die Folgekostenrechner und andere Module sind in die Planungs- und Handlungspraxis der Kommunen eingegangen.

FONA: Seit 2010 entwickelt das BMBF das Programm Nachhaltiges Landmanagement FONA (FONA 2014). Das MODUL A (internationale Ausrichtung) „Wechselwirkungen zwischen Landmanagement, Klimawandel und Ökosystemdienstleistungen“ ist in unterschiedlichen Weltregionen angesiedelt. Die Verbundprojekte erarbeiten beispielhafte Lösungsansätze für ein nachhaltiges Landmanagement. In enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern entstehen Strategien zum Erhalt wichtiger Ökosystemfunktionen und -dienstleistungen. Im MODUL B (nationale Ausrichtung) sollen „Innovative Systemlösungen für ein nachhaltiges Landmanagement“ entwickelt werden. Ziel dieser Verbundprojekte ist die Entwicklung neuer, nachhaltiger und praktikabler Lösungen für Regionen. Hauptansatzpunkte der Forschung für eine integrierte Stadt-Land-Entwicklung sind die regionalen Wertschöpfungsnetze sowie Energie- und Stoffströme. Der RNE ist bei der Auswahl der Projekte eingebunden.

In der letzten Berufsperiode hat sich der Rat in der Arbeitsgruppe Fläche neben den Themen Grundsteuerreform, Bundeskompensationsverordnung, Flächenrecycling und der Novelle des Baugesetzbuches auch mit dem Thema einer möglichen Veränderung von Eigentumsverhältnissen beschäftigt. Welche Wirkungen könnte es haben, wenn unsere Gesellschaft einen Wandel des Eigentumsrechts in Angriff nehmen würde?

Die Arbeitsgruppe konnte sich nicht durchringen, dem Gremium einen Vorschlag zu unterbreiten. Die Fragen waren im Rahmen der Arbeitsgruppe nicht mit Bordmitteln zu bewältigen. Da die Eigentumsfrage ein wesentlicher Treiber ist, stand dabei nicht in Frage. Für die Diskussion des „Wie“ wurde ein kompetenter Ansprechpartner, Prof. Dirk Löhr, eingeladen. Nach der Diskussion wurde konstatiert, dass es noch weiteren Forschungsbedarf beim Thema Erbbaurecht und einer grundsätzlichen Veränderung der Gemeindefinanzierung gibt (Löhr 2014).

Prof. Löhr beschrieb die Perspektive, dass das Gemeinwesen bei einer Umstellung auf reine Bodennutzungsrechte mit erheblichen wirtschaftlichen Effizienzgewinnen ohne Steuern komplett aus den Bodenerträgen finanziert werden könnte. Er schloss mit der sehr weitreichenden beeindruckenden Perspektive: „Ich bin fest davon überzeugt, dass in einigen Jahrhunderten (wenn es dann die Menschheit überhaupt noch gibt) das Privateigentum an Grund und Boden auf eine ähnliche moralische Stufe wie die Sklaverei gestellt wird.“

5 Literatur

- Bundesregierung (2014): Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung.
http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/2-der-Staatssekretarsausschuss/aufgaben/_node.html
(Zugriff: 12.08.2014).
- Deutscher Bundestag (2014): Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung.
<http://www.bundestag.de/bundestag/gremien18/nachhaltigkeit> (Zugriff: 12.08.2014).
- FONA – Forschung für nachhaltige Entwicklungen (2014): Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA).
<http://www.fona.de/de/9814> (Zugriff: 12.08.2014).
- Löhr, D. (2014): Erbbaurecht als Instrument der Bodenpolitik.
http://www.bf.uzh.ch/curemapapplications/events/archive/2011-01-12/pdfs/Loehr_Dirk_Erbbaurecht.pdf (Zugriff: 12.08.2014).
- REFINA – Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (2014): Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA).
<http://www.refina-info.de/de/index.phtml> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2004): Mehr Wert für die Fläche: Das „Ziel-30-ha“ für die Nachhaltigkeit in Stadt und Land.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/mehr-wert-fuer-die-flaeche-das-ziel-30-ha-fuer-die-nachhaltigkeit-in-stadt-und-land/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2007): Studie „Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland“.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/studie-erfolgsfaktoren-zur-reduzierung-des-flaechenverbrauchs-in-deutschland/>
(Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2008): Welche Ampeln stehen auf Rot? – Stand der 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – auf der Grundlage des Indikatorenberichts 2006 des Statistischen Bundesamtes.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/welche-ampeln-stehen-auf-rot/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2009): Nachhaltig aus der Krise – Analyse möglicher Beiträge einer ökologischen Finanzreform.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/texte-nr-28-sep-2009/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2010): Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/nachhaltige-stadt-okt-2010/> (Zugriff: 12.08.2014).

- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2011a): Städte für ein nachhaltiges Deutschland.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/nachhaltige-stadt-jun-2011/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2011b): „Und sie wirkt doch!“ Der mögliche Beitrag der Grundsteuer zum 30-ha-Ziel der Bundesregierung.
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/termine/2011/08-12_rne_lu_workshop/20111201-Lehmbrock-Workshop-Ergebnis.pdf (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2012): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2012.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/indikatorenbericht-2012/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2013a): Arbeitsprogramm des Rates für Nachhaltige Entwicklung bis Juni 2016 und Arbeitsschritte 2014.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/de/der-rat/arbeitsprogramm/2014-2016/arbeitsprogramm-2014-2016> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2013b): Sustainability – Made in Germany. The Second Review by a Group of International Peers, commissioned by the German Federal Chancellery.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/peer-review-report-sep-2013/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2013c): Einen politischen Aktionsrahmen zum Ziel 30 Hektar schaffen.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/stellungnahmen/stellungnahme-flaeche-02-2013> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2013d): Mit starken Kommunen die Energiewende zur Erfolgsstory machen.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/dokumente/bestellservice/bestelldokumente/texte-nr-43-mai-2013/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2014a): Mitglieder des Rates für Nachhaltige Entwicklung.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/mitglieder-des-rates/> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2014b): Aktionsrahmen für Reduktion des Flächenverbrauchs.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/de/news-nachhaltigkeit/2013/2013-04-11/staatssekretaere-wollen-aktionsrahmen-fuer-reduktion-des-flaechenverbrauchs> (Zugriff: 12.08.2014).
- RNE – Rat für Nachhaltige Entwicklung (2014c): Workshop: Entsiegelung, Renaturierung und Wiedernutzung baulicher Brachflächen.
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/termine/veranstaltungen-des-rates/rne-lu-workshop-08-12-2011/> (Zugriff: 12.08.2014).